

# Ökostrom-Umlage steigt auf Rekordniveau

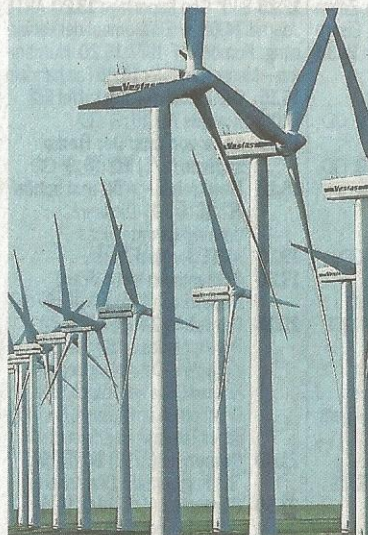
Auf Verbraucher und Wirtschaft kommen höhere Stromkosten zu

**Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel wollte die Kostendynamik bei der Energiewende brechen. Nun müssen die Stromkunden doch eine höhere EEG-Umlage zahlen.**

**Berlin.** Die Ökostrom-Umlage, die alle Stromkunden für die Energiewende bezahlen müssen, steigt im kommenden Jahr wieder. Die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage) wird von derzeit 6,170 Cent auf 6,354 Cent pro Kilowattstunde angehoben, wie es in Branchenkreisen hieß. Für einen durchschnittlichen Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden Strom bedeutet das rechnerisch netto 6,44 Euro pro Jahr mehr. Mit Mehrwert-

steuer wären es rund 7,70 Euro. Im Vorjahr war die Umlage erstmals gesunken. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte zu seinem Amtsantritt als Ziel ausgegeben, die Kostendynamik bei der Energiewende zu brechen.

Gründe für den neuen Höchststand, der heute offiziell von den Netzbetreibern bekanntgegeben wird, sind die hohe Stromproduktion aus Wind (an Land und auf See) und aus Photovoltaik-Anlagen sowie der stark gesunkene Börsenstrompreis. Die Differenz zum Preis an der Börse gleicht die Umlage aus, die Betreiber von Ökostrom-Anlagen auf 20 Jahre garantiert erhalten. Sinkt der Börsenpreis, steigt automatisch die Umlage.



**Mehr Strom aus Windkraftanlagen plus ein niedrigerer Börsenstrompreis ergibt einen Anstieg der Ökostrom-Umlage.** FOTO: DPA

Die Energiewende dürfte künftig noch teurer werden. Schon jetzt werden jedes Jahr bis zu 24 Milliarden Euro über die Stromrechnungen von Bürgern und Firmen gewälzt, damit Deutschland bis 2022 aus der Atomkraft aussteigen und den Ökostromanteil von heute 27 Prozent auf 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025 ausbauen kann. So wird der von der Bundesregierung beschlossene Vorrang für Erdkabel bei den Nord-Süd-Stromautobahnen die Netzentgelte erhöhen, die Verbraucher ebenfalls mittragen müssen. Dazu kommen Milliardenkosten aus Steuergeldern für zusätzlichen Klimaschutz – etwa hohe Prämien für die Stromkonzerne beim Stilllegen alter Braunkohle-Meiler. *dpa*